

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

möchte ich dieses Mal keine europäischen, sondern landespolitischen Eindrücke mit Ihnen in Offenbach-Land und darüber hinaus (die Zahl der Leser wächst) teilen. Im Rahmen des Mentoring-Programms für Frauen der FDP Hessen habe ich schon drei Tage inmitten der FDP-Landtagsfraktion verbringen dürfen. Ich bin tief beeindruckt, mit welcher Konzentration, Leidenschaft und Energie unsere sechs Abgeordneten (Rentsch, Rock, Beer, Greilich, Hahn, Lenders) und deren Referenten die Vielzahl der Themen bearbeiten. Auch wenn wir de facto dort die einzig wahre Opposition darstellen und oft die einzigen sind, die sich für eine differenziertere Betrachtungsweise oder eben wirklich liberale Alternativen einsetzen, auch wenn wir uns damit nur selten durchsetzen können, werden aktiv und unermüdlich Themen bearbeitet, gesetzt und kritisch hinterfragt. Da dies die Presse bekanntermaßen selten berichtet, möchte uns alle einfach darauf aufmerksam machen und "Danke!" sagen.

EU-Kommission

Einleitung des Europäischen Semesters 2016

Am 26.11.2015 legte die Kommission den Jahreswachstumsbericht 2016 vor. Mit diesem Bericht wird das Europäische Semester 2016 eröffnet. Zur weiteren Festigung der konjunkturellen Erholung will die Kommission ihre bisherigen Prioritäten (Investi-

tionen, Strukturreformen und eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik) beibehalten und die Schwerpunkte der vergangenen Jahre fortschreiben. Dabei verlangt sie, dass die Politik mehr tun muss, um die wirtschaftliche Erholung zu verstetigen, Investitionen zu mobilisieren, die Anpassungsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten zu verbessern, die Produktivität zu steigern und den Konvergenzprozess zu beschleunigen. In ihrer Bestandsaufnahme kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass die Wirtschaft der EU eine moderate Erholung verzeichnet. Die Arbeitslosigkeit befände sich aber weiterhin auf einem historischen Höchststand. Viele Volkswirtschaften würden nach wie vor unter hoher Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit leiden. Die Produktivität würde nur langsam zunehmen. Die hohe private wie öffentliche Verschuldung würden die Investitionstätigkeiten dämpfen. Neue Herausforderungen für einige Mitgliedstaaten stelle der beispiellose Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern dar. Unmittelbar wirke sich dies dadurch aus, dass zusätzliche Ausgaben für die öffentliche Hand anfallen, die bei der Berechnung der Defizite entsprechend zu berücksichtigen seien. Mittel- bis längerfristig sieht die Kommission aber auch positive Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und damit auf das Wachstum.

http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/annual-growth-surveys/index_en.htm



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

3,6 Mrd. EUR für Entwicklungszusammenarbeit mit AKP-Staaten

Der Kommissar für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Neven Mimica, und die Präsidentin des Ausschusses der Botschafter der Gruppe der Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP), Frau Mpeo Mahase-Moiloa unterzeichneten am 26.11.2015 eine Vereinbarung über 3,6 Mrd. EUR zur Finanzierung des Programms für Intra-AKP-Zusammenarbeit im Rahmen des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) (Finanzierungsinstrument der EU für die AKP-Länder). Diese Mittel sollen Maßnahmen in den Bereichen menschliche und soziale Entwicklung, Umwelt und Klimawandel, Privatsektorentwicklung sowie Frieden und Sicherheit in den AKP-Ländern in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean unterstützen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6173_de.htm

Neue Regeln für Prospekt-Richtlinie

Die Kommission hat im Rahmen ihres Aktionsplans zur Schaffung einer Kapitalmarktunion am 30.11.2015 Vorschläge zur Überarbeitung der Prospektvorschriften unterbreitet, um europäischen Unternehmen den Zugang zu Finanzierungen zu erleichtern sowie die Informationen für potentielle Anleger zu vereinfachen. Die geltenden EU-Prospektvorschriften schreiben Unternehmen einheitliche Angaben zu Hauptgeschäftsbereichen, Finanzen und Beteiligungsstruktur vor, durch die sichergestellt werden soll, dass Anleger europaweit über die gleichen Informationen verfügen. Aus

Sicht der Kommission ist die Erstellung dieser Prospekte aber insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit großen bürokratischen Herausforderungen und Kosten verbunden, ohne dass den Anlegern dadurch erkennbare Vorteile oder Erkenntnisgewinne entstehen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6196_de.htm

Unveränderte Erweiterungspolitik

Kommissar Johannes Hahn stellte am 10.11.2015 die mittelfristige Strategie der Kommission für die EU-Erweiterungspolitik (das sog. „Erweiterungspaket“) vor. Die Kommission berichtet, inwieweit die Länder des westlichen Balkans und der Türkei auf die Erfüllung der Anforderungen der EU-Mitgliedschaft vorbereitet sind, und legt dar, wie die verbleibenden Herausforderungen angegangen werden müssen.

In ihrem Türkei-Bericht stellt die Kommission einen "generell negativen Trend in Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte" fest. Die Kommission sieht deutliche Mängel sowohl bei der Justiz als auch bei der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Sowohl Richter als auch Staatsanwälte hätten zuletzt unter starkem politischem Druck gestanden. Im Bereich der Meinungsfreiheit gebe es sogar "signifikante Rückschritte". Im Bericht wird die "ernsthafte Sorge" über die anhaltenden Strafverfolgungen gegen Journalisten, Autoren oder Nutzer sozialer Medien zum Ausdruck gebracht. Schließlich zeigt sich die EU auch besorgt über die nach wie vor grassierende Korruption und über die Sicherheitslage und die Folgen der Anti-Terror-Kampagne gegen die verbotene



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

kurdische Arbeiterpartei PKK. Der Friedensprozess mit den Kurden sei zu einem Stillstand gekommen, und es sei zwingend, dass wieder Gespräche aufgenommen würden. Positiv wird fast ausschließlich die wirtschaftliche Lage erwähnt. Die Rede ist von einer "funktionierenden Marktwirtschaft, die dem Wettbewerbsdruck in der EU gewachsen ist".

Lage der Energieunion

Die EU ist auf gutem Weg, ihre 2020-Ziele für die CO₂-Reduktion und den Ausbau erneuerbarer Energien zu erreichen; das Energieeinsparungsziel könnte nach aktuellem Stand um bis zu 2,4 Prozentpunkte verfehlt werden; die Liberalisierung der Großhandelsmärkte macht Fortschritte, allerdings müssen insbesondere die Strom- und Gasmärkte des Baltikums, der Iberischen Halbinsel und Osteuropas noch besser über Interkonnektoren an ihre Nachbarländer angeschlossen werden. Das sind die wesentlichen Ergebnisse des ersten State of the Energy Union Report.
http://ec.europa.eu/priorities/energy-union/state-energy-union/docs/communication-state-energy-union_en.pdf

Europäischer Rat

Wettbewerbsfähigkeitsrat diskutiert über die neue Binnenmarktstrategie

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat führte auf seiner Sitzung am 01.12.2015 eine erste Orientierungsaussprache zu der von der Kommission am 28.10.2015 vorgelegten

Mitteilung über die neue Binnenmarktstrategie der EU unter dem Titel "Binnenmarkt weiter ausbauen: mehr Chancen für Menschen und Unternehmen" durch (vgl. BaB 20/2015). Diese erste Debatte konzentrierte sich auf Aspekte zur Unterstützung von Unternehmen und insbesondere von KMU und Kleinunternehmen beim Ausbau ihrer Geschäftstätigkeit. Die Kommission wurde aufgefordert, "ambitionierte" Vorschläge zu unterbreiten, die es ermöglichen sollen, die Märkte zugunsten von Unternehmen und vor allem zugunsten von Start-ups zu öffnen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6173_de.htm

Bildungsminister nehmen Bericht zur Umsetzung des Strategischen Rahmens an

Der Rat der Bildungsminister hat auf seiner Sitzung am 23./24.11.2015 den Bericht des Rates und der Kommission zur Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020) angenommen. Unter Verweis auf die uneingeschränkte Wahrung der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für ihre Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung werden in dem Bericht neue Prioritäten für die europäische Zusammenarbeit bis 2020 vorgeschlagen. Dazu gehören u.a. relevante, hochwertige Fertigkeiten und Kompetenzen für Beschäftigungsfähigkeit, auf Inklusion ausgerichtete Bildung, Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung, Digitalisierung, verstärkte Unterstützung der Lehrkräfte, Transparenz und Anerkennung von Kompetenzen und Qualifikationen zur Er



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

leichterung der Lern- und Arbeitsmobilität sowie nachhaltige Investitionen zur Unterstützung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung. Ein weiterer Schwerpunkt des Berichts liegt auf der Bedeutung der Bildung für die Prävention und die Bekämpfung von Marginalisierung und Radikalisierung. Zudem wird, insbesondere im Zusammenhang mit der aktuellen Migrationsproblematik, die Bedeutung der Transparenz- und Anerkennungsinstrumente für die Mobilität, die Beschäftigungsfähigkeit und das lebenslange Lernen hervorgehoben. Betont werden zudem u.a. die Notwendigkeit der Digitalisierung, die Verhinderung früher Schulabgänge sowie eine stärkere Internationalisierung in der Hochschulbildung.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/docuement/ST-14440-2015-REV-1/de/pdf>

Energieministerrat einigt sich auf Eckpfeiler eines Governance-Systems für die Energieunion

Auf grundlegende Eckpfeiler zur Erreichung der Energieunion-Ziele haben sich nun auch die Energieminister der 28 Mitgliedstaaten einigen können. Bis Ende 2019 soll jedes Land einen nationalen Energie- und Klimaplan für den Zeitraum 2021-2030 erarbeiten. In ihm soll dargelegt werden, mit welchen Maßnahmen das jeweilige Land zur Erreichung der in den fünf Dimensionen definierten Energieunion-Ziele . Verbesserung der Energiesicherheit, Vollendung des Energiebinnenmarktes, Steigerung der Energieeffizienz, Dekarbonisierung des Energiemixes, Forschung und Entwicklung - beitragen wird. Erfreulich ist, dass die na

tionalen Pläne vor ihrer Verabschiedung mit den Nachbarstaaten in regionalen Konsultationen abgestimmt werden sollen, um Synergien, aber auch mögliche negative Auswirkungen zu identifizieren. Einen Leitfaden für regionale Kooperationen hat die Kommission für 2016 in Aussicht gestellt.

Mit Blick auf das auf EU-Ebene verbindliche Erneuerbaren-Ziel haben die Minister vereinbart, dass „Back-up-Maßnahmen“ erforderlich sind, sollte sich abzeichnen, dass die nationalen Beiträge nicht ausreichen, um das EU-Ziel zu erfüllen. Wie diese Maßnahmen konkret aussehen könnten, wurde noch nicht definiert.

Verhandlungen zum EU-Philippinen FTA können beginnen

Der Rat der Europäischen Union hat die Verhandlungen zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Philippinen autorisiert und sich für ein ambitioniertes Abkommen ausgesprochen. Die Europäische Kommission wird für die Europäische Union die Verhandlungen führen. Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten Singapur und Vietnam wurden bereits abgeschlossen; mit Malaysia und Thailand dauern die Gespräche an. Die EU ist bestrebt, FTAs mit weiteren ASEAN-Staaten abzuschließen.

Migrationsgipfel auf Malta

In Valletta (MTA) fand am 11./12.11.2015 ein Migrationsgipfel unter Teilnahme der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten und zahlreicher afrikanischer Staaten sowie von Vertretern der EU, der Afrikanischen Union, der Vereinten Nationen



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

und weiterer Partner statt. Die Teilnehmer einigten sich auf eine politische Erklärung und einen Aktionsplan. In ihrer Erklärung betonten sie die gemeinsame Verantwortung Europas und Afrikas sowie die Notwendigkeit, den Migrationsströmen solidarisch und partnerschaftlich zu begegnen. Sie verpflichten sich, die im Aktionsplan aufgeführten Maßnahmen bis Ende 2016 umzusetzen. Diese Maßnahmen sind fünf Handlungsfeldern zuzuordnen: Bekämpfung der Migrationsursachen, eingerichtet wurde ein EU-Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika, Ausbau der legalen Migration, besserer Schutz von Flüchtlingen, Bekämpfung illegaler Einwanderung und Menschen schmuggel sowie Rückführung, Rückübernahme und Reintegration.

<http://www.consilium.europa.eu/en/meeting/s/international-summit/2015/11/11-12/>

Ecofin befasst sich mit bisheriger Umsetzung der Bankenunion

Beim Treffen der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister am 10.11.2015 wurde erneut die Implementierung der Bankenunion thematisiert. Die einzelnen Mitgliedstaaten (MS) wurden aufgefordert, die notwendigen nationalen Umsetzungen vorzunehmen. Die Kommission informierte den Rat, dass erst 8 von 19 MS Ratifizierungsurkunden für das zwischenstaatliche Abkommen (IGA) zur Übertragung der nationalen Bankabgaben auf den europäischen Abwicklungsfonds (SRF) hinterlegt hätten, obgleich die Frist hierfür am 30.11.2015 auslaufe. Ferner hätten lediglich 16 MS die Abwicklungsrichtlinie (BRRD) sowie 11

Länder die Einlagensicherungsrichtlinie vollständig umgesetzt. Entsprechend habe die Kommission die Versäumnisse von CZR, LUX, ND, POL, ROM und SWE an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) übermittelt, der Vertragsverletzungsverfahren einleiten wird. Bezüglich einer Brückenfinanzierung für die achtjährige Aufbauphase des Abwicklungsfonds konnte sich der Rat indes noch nicht auf einen Kompromiss einigen. Aus Sicht der Kommission ist eine Brückenfinanzierung auf der Grundlage von Kreditlinien notwendig, um den SRF solange abzusichern, bis dieser durch die Bankabgaben gefüllt ist.

http://www.consilium.europa.eu/en/meeting/s/ecofin/2015/11/st13830_en15_pdf/

Europäisches Parlament

Nutzung des Flexibilitätsinstruments für Flüchtlingskrise

Das EP billigte am 25.11.2015 den Vorschlag über die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments für haushaltspolitische Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Nach Prüfung aller Möglichkeiten einer Mittelumschichtung innerhalb der Ausgabenobergrenze für Rubrik 3 (Sicherheit und Unionsbürgerschaft) und Rubrik 4 (Globales Europa) erweise es sich als erforderlich, das Flexibilitätsinstrument zur Ergänzung der Finanzmittel aus dem Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 über die Obergrenze von Rubrik 3 hinaus mit 1,5 Mrd. EUR und über die Obergrenze von Rubrik 4 hinaus mit 24 Mio. EUR in Anspruch zu nehmen.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2015-0405+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Mitgliedsstaaten

Europaskeptiker gewinnen kleines Referendum in Dänemark

Die Geltung von mehr als 20 EU-Regelungen im Bereich Innen- und Justizpolitik standen am 6.12. zur Abstimmung in Dänemark: Unter anderem ging es um die Zusammenarbeit mit der europäischen Polizeibehörde Europol, die vollständige Mitgliedschaft im Schengen-Raum sowie den Kampf gegen Cyberkriminalität.

53 Prozent der dänischen Wähler sind auch weiterhin dafür, dass Dänemark im Bereich Justiz und Inneres einen Sonderweg geht. 47 Prozent stimmten für eine Abschaffung der Sonderregeln, um zukünftig stärker mit den Polizei- und Justizbehörden der EU zusammenzuarbeiten.

Im nächsten Jahr wird die europäische Polizeibehörde Europol überstaatlich. Um weiterhin Mitglied bei Europol zu bleiben, hätten die Dänen ihre Sonderregeln im Bereich Sicherheit-, Justiz- und Innenpolitik abschaffen müssen. Nun müssen sie sich für eine weitere Zusammenarbeit um ein Parallelabkommen bemühen.

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

